

An das:

Thüringer Landesverwaltungsamt
Charlottenstraße 2
98617 Meiningen

Aktenzeichen:

Antrag	
auf Feststellung der Rechtsstaatswidrigkeit einer hoheitlichen Maßnahme in sonstigen Fällen -ohne Folgeleistungen- nach § 1 a Verwaltungsrechtliches Rehabilitierungsgesetz (VwRehaG)	
A	
Angaben zur Person	
Name, Vorname(n):	Geburtsdatum:
Geburtsname u. evtl. weitere frühere Namen:	
Geburtsort, Kreis, Land:	
Jetziger Wohnort oder ständiger Aufenthalt (Straße, PLZ, Wohnort, Tel.: privat/beruflich):	
B	
Angaben zur Sache	
1. Wann und wo hat der Eingriff stattgefunden?	
2. Wer hat die Maßnahme seinerzeit veranlasst/angeordnet? <input type="checkbox"/> deutsche behördliche Stelle zur Regelung eines Einzelfalls, nämlich <input type="checkbox"/> SED <input type="checkbox"/> andere Partei, <input type="checkbox"/> gesellschaftliche Organisation, nämlich	
3. In welcher Form erging die Maßnahme? <input type="checkbox"/> schriftlich <input type="checkbox"/> mündlich <input type="checkbox"/> auf andere Weise, nämlich (Bitte, so weit möglich, Bescheide, Schreiben etc. beifügen.)	

4. Worin bestand der staatliche Eingriff in Ihrem Fall?

.....
.....
.....
.....
.....

5. Was war der Anlass für den Eingriff/die Maßnahme und aus welchen Gründen erfolgte der staatliche Eingriff/die Maßnahme?

.....
.....
.....
.....
.....

6. Sind Sie der Ansicht, dass die Ihnen gegenüber ergangene Maßnahme mit tragenden Grundsätzen eines Rechtsstaates (s. Merkblatt Pkt. 1, 3. Absatz) schlechthin unvereinbar ist?

Nein Ja, weil

.....
.....

7. Sind Sie der Ansicht, dass die Maßnahme zu einer schweren Herabwürdigung in Ihrem persönlichen Lebensbereich geführt hat?

Nein Ja, weil

.....
.....

8. Wenn Frage 6 und 7 mit „Ja“ beantwortet wurden, geben Sie bitte an, aus welchen Gründen Ihrer Ansicht nach die Maßnahme Ihrer politischen Verfolgung diene.

.....
.....
.....
.....
.....

Ich versichere nach bestem Wissen und Gewissen, dass meine Angaben richtig und vollständig sind.

Ich bin damit einverstanden, dass - unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen - alle zur Bearbeitung meines Antrages notwendigen Recherchen (z. B. beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, in Kreis- und Staatsarchiven) vom Thüringer Landesverwaltungsamt durchgeführt werden, Personalakten und sonstige für die Bearbeitung meines Antrages notwendigen Akten angefordert und von entscheidungserheblichen Schriftstücken Fotokopien gefertigt werden.

.....
Ort, Datum

.....
Unterschrift